

Jugend auf dem Weg nach rechts?*

Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer, geb. 1945, seit 1982 Hochschullehrer an der Fakultät für Pädagogik der Universität Bielefeld. Arbeitsschwerpunkte: Jugendforschung, Rechtsextremismus, Gewalt.

Befunde

„Die Mehrheit steht links“, so lautet das Fazit der Wahlanalyse bei Jungwählern von 1953 bis 1989 durch Joachim Hofmann-Göttig.¹ Gleichwohl gibt es bemerkenswerte Entwicklungen, auf die die breite Öffentlichkeit und viele „professionelle Entrüstungskünstler“ in Parteien, Schulen, Medien etc. erst reagieren, wenn es zu spät ist, wenn die Wahlerfolge anstehen.

Die Wahlerfolge rechtsextremistischer Parteien wurden von der veröffentlichten Meinung und den etablierten Parteien zumeist der älteren Generation, den über 60jährigen, zugerechnet. Dieser Umstand wurde zumeist als beruhigend gewertet, da die nachwachsenden Generationen, insbesondere die jüngere Generation als ablehnend eingeschätzt wurden.

Diese einfache Sicht läßt sich bei genauerer Analyse nicht mehr aufrechterhalten, zumal sich seit einiger Zeit bereits Veränderungen abzeichneten.

Nimmt man die Bürgerschafts- beziehungsweise Landtagswahlen von Bremen (1987), Baden-Württemberg (1988) und Berlin (1989) zur Grundlage, da dort rechtsextremistische Parteien beachtenswerte Erfolge erzielt haben, dann zeigt sich, daß eine Steigerung der Wahlzustimmungen insgesamt einhergeht mit besonderen Zustimmungen bei jüngeren Wählern, die zum Teil überproportional sind (vergleiche Tabelle).

Parallel dazu zeigt sich, daß das „traditionelle“ Jungwählerdefizit gegenüber der Wahlbeteiligung der Gesamtbevölkerung erstmals zwischen der Bundestagswahl 1983 und 1987 „aufbricht“, das heißt, daß die Wahlbeteiligung bei jüngeren Wählern stärker abnimmt. Dies zeigt sich dann auch bei den Landtagswahlen. So wählten in Bremen beispielsweise nur noch 56,3 Prozent bei den 21- bis 25jährigen Wählerinnen und Wählern. Die Gründe dafür dürften sich um einen vermuteten beziehungsweise erfahrenen Bewältigungsverlust von Problemen durch die Politik, Korruptionserfahrungen und fehlenden eigenen Partizipationschancen gruppieren.

Die Ergebnisse der rechtsextremistischen Parteien bekommen vor diesem Hintergrund ein zusätzliches Gewicht, wenn auch offen bleiben muß, welche

* Überarbeitete Fassung eines Aufsatzes in den Arbeitsheften der Juso-Hochschulgruppen, Juli 1989.

¹ Vgl. Hofmann-Göttig, J.: „Die Mehrheit steht links“. Die jungen Wähler in der Bundesrepublik. Analysiert anhand der amtlichen Daten der Statistischen Ämter für die Wahlen zum Bundestag, Landtag, Europaparlament 1953-1989. Analyse für die Jugendpolitische Kommission beim SPD-Parteivorstand. Juli 1989.

Wahlergebnisse von traditionellen rechtsextremistischen Parteien und „Brückenparteien“				
Bundesländer und Berlin	Parteien	Bevolk	Wahlergebnisse	
			Jüngere Wähler	Alter
Bremen (1987)	DVU/LD, Rep	4,68 % ¹	3,4 % ²	Erstwähler
Baden-Württemberg (1988)	NPD, Republikaner, ODP	ca 6,7 % ³	ca 9,7 % ³	18–24
Berlin (1989)	Republikaner	7,5 %	14,3 %	18–23

1 Die Besonderheit des Landes Bremen brachte der DVU/LD ein Mandat ein
 2 Die Jungwähler waren die zweitstärkste Altersgruppe
 3 Hier können nur ca Ergebnisse angegeben werden, weil die rechtsextremistischen Parteien nur unter der Rubrik „Sonstige“ aufgeführt worden sind

Quelle: W. Heitmeyer: Rechtsextremistisch motivierte Gewalt und Eskalation, in: Heitmeyer u. a. (Hg.) Jugend – Staat – Gewalt. Weinheim/München 1989, S. 205–218.

politischen Orientierungen sich in der größer werdenden „Partei der Nichtwähler“ verbergen, die aber auch jeden Fall eine zunehmende Distanz und Labilität² der politischen Einstellungen gegenüber dem politischen System signalisieren.

Daß sich diese Entwicklungen angekündigt haben, können wir anhand unserer empirischen Erhebungen aus den Jahren 1986 und 1987³ aufzeigen, denn die untersuchten Jugendlichen sind die Jungwähler von heute.

Die jüngste politische Entwicklung führt nun zur öffentlichen Konzentration auf diese Wahlergebnisse und löst damit den bisher dominierenden Bezugspunkt der Beschäftigung mit den Mitgliedszahlen in rechtsextremistischen oder neonazistischen Parteien ab.

Beide Bezugspunkte sind problematisch, weil sie im Grunde nur Oberflächenphänomene erfassen beziehungsweise am Endpunkt von politischen Entwicklungen von Personen und ihrer politischen Biographie ansetzen. Im Grunde verdecken sie aber das breite Spektrum von politischen Orientierungsmustern, die relativ stabil sind, während die Wahlentscheidungen immer labiler werden.

Kernpunkt ist deshalb, daß Abschied zu nehmen ist von einem verfassungsrechtlichen Begriff des Rechtsextremismus. Stattdessen muß man sich dem soziologischen Rechtsextremismus zuwenden, der über die Orientierungsmuster benennbar wird und nicht in der das Problem verzerrenden Enge der Mitgliedschaft verhaftet bleibt. Der Grund ist denkbar einfach: Wir fanden bisher immer wieder die Ablehnung der rechtsextremistischen und vor allem neona-

2 Heitmeyer, W., Möller, K., Silier, G.: Chancen und Belastungen der Labilisierung von politischen Orientierungssicherheiten In: Heitmeyer/Olk (Hg.): Individualisierung von Jugend. Weinheim/München 1989.

3 Heitmeyer, W.: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation. Weinheim/München, 3. Auflage 1989; Heitmeyer, W., Peter J. L.: Jugendliche Fußballfans. Soziale und politische Orientierungen, Gesellungsformen, Gewalt. Weinheim/München 1988.

zistischen Organisationen und gleichzeitig eine Verbreitung von nationalistischen bis ausgeprägt rechtsextremistischen Positionen, die auch bei jenen aufzufinden sind, die zum Beispiel SPD wählen und in Gewerkschaften sind.

Die Organisationsablehnung kann sich ändern, weil mit den „Republikanern“ eine rechtspopulistische Brückenpartei vorhanden ist, durch die es möglich wird, den Weg ins rechtsextreme Lager - weitgehend sozial akzeptiert -

Schritt für Schritt zu gehen und nicht mehr durch einen „Sprung“, der immer auch mit Überwindung verbunden war.

Dies ist das eigentlich brisante Thema, weil meines Erachtens diese autoritär-nationalistischen Orientierungen wachsen und sich gleichzeitig in sozial akzeptierten Gruppen wiederfinden lassen, also in Schulklassen, Fanclubs nicht nur der Fußballanhänger, Jugendorganisationen von großen Parteien, bei Jugendlichen, die Mitglieder von Gewerkschaften sind und so weiter.

Darüber wird allerdings nicht sonderlich gern gesprochen, weil diese Gruppen zur gesellschaftlichen Normalität gehören. Alles was als „normal“ gilt, muß nicht sonderlich kritisch betrachtet werden. Als Problem wurden und werden immer nur solche Orientierungen gesehen, die mit der Mitgliedschaft in einer als rechtsextremistisch beziehungsweise neonazistisch angesehenen Gruppe einhergehen. Genau dies aber ist ein ganz zentraler Fehler.

Um welche Orientierungen handelt es sich, auf die besondere Aufmerksamkeit verwendet werden müßte - und in welchem Ausmaße finden wir diese vor?

Nach meinem Konzept⁴ geht es um zwei große Bereiche, die zum Teil getrennt, zum Teil gemeinsam auftreten. Wenn diese beiden Bereiche zusammenfließen, dann haben wir es meines Erachtens mit rechtsextremistischen Orientierungen zu tun.

Der erste Bereich ist die Ideologie der Ungleichheit. Dazu zähle ich:

- nationalistische Überhöhungen, also die eigene Nation als Elite zu sehen;
- rassistische Sichtweisen, also die eigene kulturelle und moralische Überlegenheit für sich zu beanspruchen, um andere abzuwerten und als minderwertig anzusehen;
- totalitäres Normverständnis, das heißt die Ausgrenzung von anderen zu fordern, die nicht zur Eigengruppe dazugehören und deren Merkmale tragen;
- Betonung des Rechts des Stärkeren, weil sich erst durch Auslese ein gesundes Volk im Konkurrenzkampf mit anderen Völkern entwickeln kann.

Bei genauerem Hinsehen ist diese Ideologie im gesellschaftlichen Alltag weitverbreitet, also ein Element von Rechtsextremismus, also durchaus latent „normaler“ Bestandteil dieser Gesellschaft.

Der zweite Bereich konzentriert sich auf Gewaltakzeptanz und Gewaltanwendung zur Regelung sozialer Vorgänge. Dazu gehören

⁴ Heitmeyer, W., a. a. O., S. 16.

- die Gültigkeit von Feindbildern, um die Zugehörigkeit zur Eigengruppe deutlich zu machen und die Richtung der Aktivitäten zu bündeln;
- die Ablehnung von Konfliktlösung durch Verhandlungen, weil Kampf zum natürlichen, alltäglichen Verhalten gezählt wird, um sich gegen andere zwecks Auslese durchzusetzen;
- die Akzeptanz personeller Gewalt, weil dies in der Natur sich ebenfalls abspielt.

Dieser Bereich wird eher tabuisiert, bildet aber den entscheidenden Schritt in den Rechtsextremismus.

Erst wenn Elemente aus *beiden* Bereichen zusammenfließen, haben wir es mit rechtsextremistischen Orientierungen zu tun. Man tut gut daran, sehr sensibel aufzupassen, wann die verschiedenen Bestandteile auftreten. Denn: Nicht jeder Jugendliche, der mit einem Hakenkreuz hantiert, ist ein Neonazi - und nicht jeder Jugendliche, der sich mit einem ausländischen Jugendlichen auf den Schulhof prügelt, ist ein Ausländerhasser. Leider geht die sensible Wahrnehmung an vielen Stellen verloren, weil durchweg nur auf oberflächliche Signale reagiert und dann sehr schnell mit Etiketten gearbeitet wird. Etiketten haben es jedoch an sich, daß die so Etikettierten häufig erst im nachhinein ihr tatsächliches Verhalten dem Etikett anpassen.

Empirisch zeigt sich zum Beispiel in unserer Untersuchung von 1987:

1. Auf der Ebene der *Ideologie der Ungleichheit* finden wir zum Beispiel folgende Ergebnisse, die aus einer Untersuchung von 1300 Jugendlichen aus NRW stammen, die als 16jährige den schwierigen Übergang von der Schule in den Beruf schaffen müssen. In einem Fragenbereich, in dem es um autoritär-nationalisierende Sichtweisen ging, so zum Beispiel zur Todesstrafe, zur Ausgrenzung von ausländischen Jugendlichen von „deutschen“ Ausbildungsplätzen, Schluß mit der weichen Welle im Strafvollzug, Deutschland den Deutschen und Kanaken raus, zeigten sich Zustimmungen in der Größenordnung um die 40 Prozent.

2. Rechtsextremistische Konturen nehmen solche Positionen dann an, wenn sie sich mit Gewaltakzeptanz als normalem Regelungsmuster bei sozialen und politischen Konflikten verbinden. In unserer Stichprobe trifft dies auf 15 Prozent der Jugendlichen zu. Hier kann man die Vermutung wagen, daß diese Jugendlichen am ehesten auf Handlungsangebote von organisierten rechtsextremistischen Gruppierungen eingehen könnten.

Fazit: Festzustellen ist, daß ein erheblicher Teil der befragten Jugendlichen zwar einerseits Elemente der Ideologie der Ungleichheit vertritt, aber gleichzeitig deren Durchsetzung über (personale) Gewalt ablehnt.

Hierzu sind drei Anmerkungen wichtig:

- Diese Trennung ist nicht zwangsläufig und stabil, sondern sie hängt weitgehend von den sozialen und politischen Umständen und Erfahrungen ab, die im Alltag gemacht werden, vor allem auch mit der öffentlichen Diskussion, die „Normalisierungsprozesse“ mit sich bringen kann.

- Diejenigen, die Ideologien der Ungleichheit vertreten, sehen zwar von der Akzeptanz personeller Gewalt ab, sie übersehen aber in der Regel, daß in diesen Ideologien bereits eine institutionelle Gewalt enthalten ist, die mit Hilfe der etablierten Politik durchgesetzt werden soll (zum Beispiel Ausländer „rückführen“ statt „Ausländer raus“) - ohne sich selbst die Finger schmutzig zu machen.
- Die Geschlechterdifferenz bei Wahlen, auch durch die Jungwählerinnen und Jungwähler wird dazu verwendet, das Rechtsextremismus-Problem auf ein Männerproblem zu verkürzen. Die Situation ist komplexer. Die Geschlechterdifferenz wird umso größer, je weiter man sich von den im Alltag demonstrierten Orientierungsmustern entfernt und zuerst Wahlen und dann Mitgliedschaften zum Angelpunkt macht. Umgekehrt gilt also auch: Die Geschlechterdifferenz wird umso kleiner, je näher man an das Alltagsverhalten heranrückt und insbesondere die Ideologien der Ungleichheit herausstellt. Mädchen äußern ihre Positionen anders, vor allem weniger im konventionellen politischen Verhalten, was auch dadurch deutlich wird, daß die Wahlbeteiligung von weiblichen Jungwählerinnen deutlich abnimmt.

Der entscheidende Punkt ist nun, daß diese Orientierungen in keiner Weise von Jugendlichen erfunden oder gar massenmedial verbreitet worden sind, sondern sie haben weitgehend das übernommen und zum Teil zugespitzt, was von wissenschaftlichen und politischen Eliten (vor-) formuliert wird beziehungsweise in Zeiten eigener Machtgefährdung sukzessive vorbereitet wird.

Dies signalisiert die (in ihrer Formulierung inzwischen zurückgenommene) Position des bayerischen Innenministers Stoiber, daß man eine „durchrasste“ Gesellschaft nicht zulassen werde, ebenso wie die des ehemaligen Bundesrichters Willms, daß die Anwesenheit der Ausländer ein „dem ihrer Zahl entsprechenden Verbrauch an Energie ein Mehr an Kraftwerken und zugleich erhöhte Umweltbelastungen durch auf anderen Wegen anfallende Schadstoffe“ bedeute.

Die Brisanz läßt sich in der Verlaufsform der Fremdenfeindlichkeit erkennen. Die NPD hatte schon vor etlichen Jahren mit ihrer Unterschriftenaktion „Ausländer-Stop“ versucht, dieses Thema wahlpolitisch zu nutzen. Inzwischen ist diese Parole längst nicht mehr ihr Charakteristikum. Dabei ist zum Beispiel nicht überraschend, daß im Frühjahr 1989 die CDU im hessischen Kommunalwahlkampf und insbesondere in Frankfurt mit offen fremdenfeindlichen Parolen antrat, um so Menschen für ihre gefährdeten Machtansprüche zu funktionalisieren. Denn: Bereits vor mehreren Legislaturperioden warb sie mit dem mehrdeutigen Slogan: „Frankfurter Ausländerproblem liegt in ihrer Hand: Festigkeit mit W.....“. Der Grund dafür, daß der NPD dieses Thema praktisch abhanden gekommen ist, ist damit angedeutet. Er besteht darin, daß relevante, sozial akzeptierte Gruppen der etablierten Gesellschaft die materielle Substanz der Fremdenfeindlichkeit (ohne Verwendung entsprechender Parolen) in ihre Normalität übernommen haben. Es

taucht also der brisante Vorgang auf, daß rechtsextremistisches Gedankengut nicht dadurch entschärft wird, daß die Ursachen angegangen werden, sondern dadurch, daß zumindest Schnittmengen dieses Gedankengutes übernommen werden. Die entstehende Normalität des Themas verhindert dann sowohl eine breite öffentliche Problematisierung als auch die Wahrnehmung, daß die liberale demokratische politische Kultur von „innen“ ausgehöhlt wird. Die darin steckende potentielle Brisanz läßt sich an der steigenden Militanz in rechtsextremistischen/neonazistischen Gruppierungen festmachen. Aus der Akzeptanz von Fremdenfeindlichkeit als Normalität der Gesellschaft leiten sie einen besonderen Auftrag ab: „Zwei Drittel des Deutschen Volkes sind für Ausländer raus. Des Volkes Wille ist unser Auftrag“. Daraus folgt:

- Sozial akzeptierte politische Gruppen sorgen erst für den Rückenwind, der den organisierten Gruppen die Begründungen für ihre zunehmende Militanz liefert.
- Eher unbemerkt verschieben sich wesentliche Bestandteile unserer politischen Kultur.

Erklärungen für diese Entwicklungen sind kompliziert. Sie lassen sich nicht einfach als ein „Weiterleben“ nationalsozialistischer Ideen interpretieren, was auch erklärt, daß die explizit neonazistischen Parteien wie zum Beispiel die FAP keine Wahlchance bei jüngeren Wählern haben. Wir finden daher häufig Orientierungsmuster, in denen eine Distanz zum Nationalsozialismus und insbesondere zum Holocaust einhergeht mit ganz rigiden autoritär-nationalisierenden Sichtweisen, als deren Kern sich immer wieder die „Ausländerfrage“ herauschält. Dies dürfte weitreichende Konsequenzen etwa für die politische Bildung haben.

Auch die Interpretation, daß geschickte Propaganda der rechtsextremistischen Parteien diese politischen Orientierungen erklären, daß also Jugendliche „nur verführt“ worden seien, greift zu kurz. In unserer noch laufenden Längsschnittuntersuchung (1985-1990)⁵ kommt immer wieder deutlich zum Vorschein, daß Jugendliche, die autoritär-nationalisierende Sichtweisen oder explizit rechtsextremistische Positionen vertreten, die Parteiprogramme, Wahlbroschüren, Zeitungen und so weiter dieser Parteien gar nicht kennen. Wenn dies so ist, dann hegen die Ursachen in den ökonomisch-sozialen Alltagserfahrungen. Dies bedeutet auch, daß die Verbotsforderung als besonders beliebtes politisches „Gegenmittel“ an den Ursachen vorbeigeht, keine durchgreifende Wirkungen haben dürfte und von Jugendlichen zum Teil gerade noch als Bestätigung für die Richtigkeit ihrer „Wahl“ uminterpretiert wird.

Die Beschäftigung mit den Orientierungsmustern ist deshalb von Bedeutung, weil sie zu den sozialen Ursachen zurückführen. Die Orientierungsmuster sind politische Umformungen von ökonomisch-sozialen Alltagserfahrungen.

⁵ Heitmeyer, W., Möller K.: Die politische Sozialisation von Jugendlichen aus Arbeiterfamilien im Zusammenhang mit der Bedrohung durch Arbeitslosigkeit und neofaschistische Orientierungsmuster. Forschungsberichte für die DFG 1987 und 1988.

Ob Chancen zur politischen Einflußnahme bestehen, entscheidet sich daran, ob die Umformungsprozesse in rechtsextremistische Richtung erkannt und daraus politische Konsequenzen gezogen werden - nicht an lautstarken Gegendemonstrationen à la „Nazis raus“, zumal nicht an gewalttätigen Demonstrationen oder Provokationen, weil Gewalt in jedem Fall dem Rechtsextremismus nützt - sei es, daß die Anhänger diese Gewalt als Bestätigung ihrer zentralen These auffassen, daß alle natürlichen und sozialen Vorgänge durch Gewalt geregelt werden oder daß das autoritär-nationalistische Potential in der Bevölkerung ihnen via Medienberichterstattung folgt.

Entscheidend ist meines Erachtens, daß der beherrschende Vergesellschaftungsmodus, nach dem Jugendliche aufwachsen, in den Mittelpunkt gerückt werden muß. Damit wird es notwendig, sich intensiv mit den Individualisierungsprozessen auseinanderzusetzen, die bereits Norbert Elias skizziert und die vor nicht allzu langer Zeit Ulrich Beck⁶ noch einmal in der modernisierten Form zusammengefaßt hat und die seit den fünfziger Jahren auf immer höhere Touren kommen. Kennzeichen ist eine Doppelwertigkeit: Einerseits werden dem *einzelnen* immer mehr Handlungsmöglichkeiten angeboten - andererseits wird der *einzelne* immer mehr aus sozialen Zusammenhängen herausgelöst.

Traditionelle soziale Milieus mit ihren selbstverständlichen Zugehörigkeiten lösen sich auf. Deutlich wird dies zum Beispiel an der veränderten Qualität familiärer Kontakte oder nachbarschaftlicher Beziehungen, an der nachlassenden Einbringungsmöglichkeit in leistungsunabhängige Vereine. Positiv läßt sich diese Entwicklung zwar einerseits als Erweiterung individueller Freiheiten beschreiben - andererseits aber gehen auch die Gefühle von Sicherheiten verloren, die durch die selbstverständliche Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen gegeben war. An die Stelle selbstverständlicher Zugehörigkeiten ist der leistungsabhängige Zugang getreten - was auch heißt, daß das Konkurrenzprinzip nur noch die Alternative offenhält: Abschottung oder existentielle Bestrafung.

Die daraus resultierenden *Vereinzelungserfahrungen* können zu Belastungen werden: der beziehungsweise die einzelne steht den immer komplexer werdenden gesellschaftlichen Anforderungen sozusagen „schutzlos“ gegenüber, weil er sein eigenes Schicksal nicht mehr mit einer Großgruppe verbinden kann und gleichzeitig nicht auf die soziale und politische Orientierungsfunktion seines sozialen Milieus bauen kann. Insofern sind Orientierungsprobleme deutlich angestiegen.⁷

Dies trifft insbesondere Jugendliche auf dem Weg in die Erwachsenenengesellschaft. Sie werden zunehmend auf sich selbst und ihre individuelle Leistung gestellt sowie dem Kollektivschicksal der Vereinzelung unterworfen -

⁶ Beck, U.: Jenseits von Stand und Klasse? Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer Formationen und Identitäten. In: Kreckel (Hg.): Soziale Ungleichheiten, Soziale Welt, Sonderband 2, Göttingen 1983, S. 35-74.

⁷ Heitmeyer, ebd., S. 129 f.

andererseits sollen sie gesellschaftlich hergestellte Widersprüche⁸ lösen, die sich aber der Bearbeitung durch den einzelnen völlig entziehen.

Diese Konstellation kann dann zu Problemen führen, wenn sich bei Jugendlichen der Eindruck festsetzt, daß sie die Kontrolle über ihre eigenen Lebenswege verlieren, da sie *Vereinzelungserfahrungen*, *Handlungsunsicherheit* im Hinblick auf die angestrebte berufliche Normalbiographie und *Ohnmachterfahrungen* nicht bewältigen zu können glauben.

Dies sind zunächst zentrale ökonomisch-soziale Alltagserfahrungen, die viele betreffen. Wie werden sie bearbeitet?

Handlungsunsicherheiten können zurückgeführt werden auf die Auflösung der beruflichen Normalbiographie, auf *Statusängste* und Entstrukturierungen der Lebensphase Jugendlicher. Da die Berechenbarkeit von Lebenswegen sinkt, steigt der Zwang, sich flexibel verhalten zu müssen. Jugendliche können daher heute mehr entscheiden als frühere Jugendgenerationen, sie *müssen* aber auch mehr entscheiden - ohne daß oft klar ist, woraufhin sie entscheiden sollen.

Die Verarbeitungsformen und -wege von Jugendlichen sind vielfältig, und es gibt keine Zwangsläufigkeiten. Notwendig wird vor allem eine Form des flexiblen Umgangs, eine Bastelmentalität, um mit diesen Anforderungen fertig zu werden.

Gleichzeitig sind Jugendliche auch gezwungen, vieles „unter Vorbehalt“ zu tun. Orientierungen und Handlungsweisen dürfen sich nicht festsetzen, weil dadurch ein flexibles Reagieren auf schnell wechselnde gesellschaftliche Angebote der Kulturindustrie wie Anforderungen des Berufssystems verhindert wird.

Ein Teil der Jugendlichen versucht, den Umgang mit diesen unübersichtlichen Situationen zu regeln, indem nach *Gewißheiten* gesucht wird, um Verhaltenssicherheit zu erlangen. Zu diesen Gewißheiten gehört auch der Bezug auf eindeutige Normanweisungen; gehört die Totalidentifikation mit Stärke verheißenden Symbolen und Ritualen; die Einordnung in „natürliche“ Hierarchien; die Zugehörigkeit zu mächtigen Institutionen, in deren Schutz dann Stärke und Selbstbewußtsein entwickelt werden soll. Vor allem gehört auch die Anbindung an scheinbar natürliche und damit unausweichliche, unabänderliche Prinzipien dazu, die die Situation klären und zum Teil den einzelnen auch entlasten sollen. Dazu gehört auch das Prinzip der „Stärke“ als klares Prinzip.

Empirisch zeigt sich zum Beispiel in der Untersuchung mit jugendlichen Fußballfans, wie in diesem Sinne Gewißheiten zur Überwindung von Handlungsunsicherheit auf fruchtbaren Boden fallen können. 25,2 Prozent der interviewten Jugendlichen stimmten der Position zu: „Das Recht des Stär-

⁸ Ebd., S. 74 f.

keren gilt in der Natur, es muß auch unter Menschen gelten, denn es ist ein klares Prinzip".⁹

Das *politische Problempotential* besteht darin, daß Politikkonzepte besondere Anknüpfungspunkte finden, die soziale Vorurteile gegenüber jenen artikulieren, die angeblich den jeweils eigenen Status bedrohen; die versprechen, die „alte Ordnung“ (was immer das sein mag) wiederherzustellen, so daß Statusängste gemindert werden. Fremdenfeindlichkeit kann hier als ein politisches Mittel greifen, wenn „natürliche“ Vorrechte und Hierarchien als politischer Ansatz „sinnhaft“ erscheinen, um Stabilität (wieder) herzustellen. Der Ansatzpunkt liegt darin, nichtbearbeitete ökonomisch-sozial verursachte Entfremdungsangst in Überfremdungsangst umzuwandeln.

Ohnmachtserfahrungen können darauf zurückgeführt werden, daß sich die Konkurrenzserfahrungen als übermächtig erweisen und den Einzelnen der Erfahrung „Der Stärkere setzt sich durch“ ausliefern. Da Ohnmachtserfahrungen die Handlungsalternativen zur Realisierung eigener Lebensplanungen einengen, kann Gewalt in ihren vielfältigen Variationen zu einem subjektiv sinnhaften Mittel oder auch Selbstzweck werden, denn

- sie schafft Eindeutigkeit in unklaren, unübersichtlichen Situationen;
- sie ist eine zumindest augenblicklich wirkende (Selbst)-Demonstration der Überwindung von Ohnmacht;
- sie garantiert Fremdwahrnehmung, die mit anderen Mitteln nicht mehr herstellbar war;
- sie schafft zumindest kurzfristig partielle Solidarität beziehungsweise erweist sich als klar erkennbarer Prüfstein für Solidarität;
- sie erweist sich aufgrund von Sozialisierungserfahrungen als ein erfolgreiches Handlungsmodell.¹⁰

Da Gewalt als Mittel besonders „starke“ Begründungen benötigt, besteht die Gefahr, daß nach solchen politischen Konzepten gesucht wird, die einsichtig die Gewalt legitimieren. Dazu bieten sich rechtsextremistische Konzepte an. Empirisch zeigt sich zum Beispiel in unserer Untersuchung mit jugendlichen Fußballfans, daß 45,5 Prozent dem Statement zustimmen: „Wer man ist, kann man am besten darstellen, wie man sich gegen andere durchsetzt“. 51,8 Prozent stimmten der Position zu „Jeder Tag ist Kampf, und der Stärkere muß sich durchsetzen“. 36,4 Prozent dem „Ausweg“ aus der Ohnmacht: „Man nimmt uns Jugendliche doch erst wahr, wenn wir mal richtig tiefe Spuren hinterlassen“.¹¹

In einer Untersuchung von Roth¹² läßt sich der Einstieg in eine „Gewaltspirale“ zurückführen auf Dogmatismus, als Versuch zur Stabilitätsgewinnung

9 Heitmeyer, W., Peter, J. I.: Jugendliche Fußballfans. Soziale und politische Orientierungen, Gesellschaftsformen, Gewalt. Weinheim/München 1988, S. 88.

10 Heitmeyer, W.: Jugend, Staat und Gewalt in der politischen Risikogesellschaft. In: Heitmeyer u. a. (Hg.), Jugend - Staat - Gewalt. Weinheim/München 1989, S. 26.

11 Heitmeyer, W., Peter, J. I.: ebd., S. 52 ff.

12 Roth, R. A.: Jugendarbeitslosigkeit und politische Kultur. Universität Passau 1988, S. 36.

über Gewißheiten. Dogmatismus steht wieder in enger Beziehung zu Entfremdung, also zum fehlenden zwischenmenschlichen Vertrauen, was mit Vereinzelung einhergeht.

Das *politische Problempotential* hegt darin, daß Politikkonzepte Anknüpfungspunkte finden, wenn sie darauf setzen, die alltägliche Erfahrung „Der Stärkere setzt sich durch“ umzuformen in die politische Maxime „Der Stärkere soll sich durchsetzen“. Diese Umformung gelingt umso leichter, je „normalisierter“ in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit eine Ideologie der Ungleichheit ist, mit deren Hilfe subtile und offene Formen von Gewalt gegenüber macht- und rechtlosen Fremden oder auch Andersdenkenden legitimiert werden können.

Vereinzelungserfahrungen lassen sich zurückführen auf die Auflösung sozialer Milieus, so daß die selbstverständliche Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen, die insbesondere in krisenhaften und orientierungsbedürftigen Zeiten auch Stabilität verleihen kann, nicht mehr umstandslos gegeben ist. Wenn aber unklar ist, zu welchen sozialen Gruppierungen man sich zugehörig fühlen kann, dann gewinnen jene Gruppierungskategorien an Bedeutung, die gewissermaßen zugewiesene *Naturmerkmale* sind oder als solche verstanden werden. Damit sind vor allem die Hautfarbe, „Rasse“ und Nation gemeint. Dies sind Zugehörigkeiten, die einem keiner nehmen und derer man sich kaum entledigen kann, die unabhängig von individuellen Leistungs- und Konkurrenzprinzipien gültig sind. Die im Alltag zerschmolzenen Erfahrungen von selbstverständlicher Zugehörigkeit und Gemeinsamkeit sollen also ersetzt werden durch Zugehörigkeitsgefühle zur Nation. Nationale Stimmungen sollen als Bindemittel dafür dienen, was als Erfahrung im nahen Lebensraum nicht mehr beziehungsweise immer weniger erreichbar scheint.

Das *politische Problempotential* hegt vor allem darin, daß Politikkonzepte besondere Anknüpfungspunkte finden, die Gemeinschaftsgefühle über nationalisierende Positionen propagieren und damit gleichzeitig Ungleichheitsvorstellungen transportieren.

Durch welche politischen Konzepte werden diese Vorgänge gefördert? Zwei Punkte müssen herausgehoben werden, die in enger Beziehung stehen.

Da ist zum einen eine *Arbeitsmarktpolitik*, die wohl im Kern auf das zielt, was mit der *Zwei-Drittel-Gesellschaft* beschrieben wird: ein immer höher qualifizierter Leistungskern einerseits und immer größer werdende Gruppen andererseits, die in diesem Konkurrenzwettkampf nicht mehr mithalten können.

Neben die Massenarbeitslosigkeit tritt ein neues Erfahrungsmuster: Für immer größer werdende Gruppen werden die Existenzbedingungen immer labiler, weil die Dauerhaftigkeit von Arbeitsverhältnissen wohl weiter zurückgeht, und die Lebensplanung dadurch unkalkulierbarer wird.

- Hinter 2-3 Millionen „Fällen“ von Arbeitslosigkeit verbergen sich in Wirklichkeit von 1974-1983 circa 14 Millionen betroffener Menschen.

- Die Langzeitarbeitslosigkeit nimmt zu.
- Jeder 6. Erwerbstätige verliert im Laufe eines Jahres mindestens einmal seinen Arbeitsplatz (Mal rein- mal raus-Arbeitslosigkeit).

So groß der Skandal der Massenarbeitslosigkeit auch ist, er erklärt nicht ausreichend die rechtsextremistischen Orientierungen. (Auch wenn man für alle Arbeitsplätze hätte, wäre das Problem heute nicht mehr zu beseitigen).

Ein ganz entscheidender Mechanismus liegt in der Auflösung stabiler sozialer Milieus, denen jeder sich umstandslos zugehörig fühlen könnte.

Dazu lassen sich nun politische Strömungen erkennen, die sehen, daß die sozialen Milieus zerschmelzen und daher gewissermaßen andere „Bindemittel“ neu betont werden müssen. Neokonservative Politikkonzepte enthalten deshalb ein Doppelgesicht. Einerseits fördert diese Politik die Individualisierungs-Schübe auf dem Arbeitsmarkt, andererseits soll die nationale Zugehörigkeit als stabiles Bindemittel dienen.

Die durch Ausgrenzung, vor allem aber durch die *Labilisierung* einer dauerhaften Integration dokumentierte „Schwäche“ bei einem Teil der Jugendlichen soll durch die Identifikation mit nationaler „Stärke“ und Geschichte kompensiert werden.

Die verstärkten Thematisierungen nationaler Sichtweisen, Rituale und Symbole in Verbindung mit einer Relativierung des historischen Faschismus stellen mögliche Einstiegsmuster dar und helfen dabei, bestimmte Schleusen zu öffnen.

Der Erklärungsansatz

Die Zunahme rechtsextremistischer Orientierungen und Wahlerfolge entsprechender Brückenparteien beziehungsweise traditionell rechtsextremistischer Parteien bei Jugendlichen läßt sich weder erklären durch die *Analogie-these*, daß es ein mehr oder weniger deutliches Weiterleben nationalsozialistischer Ideen gebe, noch durch die *Verführungsthese*, daß die rechtsextremistischen Parteien über eine besonders geschickte Propaganda verfügten.

Eine schlüssige Erklärung ist in einer Kombination von *sozialen Kontinuitätsbrüchen*, wie sie in den Schattenseiten der Individualisierungs-Schübe deutlich geworden sind und deren Motor die industriegesellschaftliche Produktionsweise ist, und *historisch-politischen Kontinuitätsbezügen* zu sehen, die in Leitbildern mit autoritär-nationalisierenden Inhalten öffentlich propagiert werden, auf einen Orientierungsbedarf aufgrund von ökonomisch-sozialen Alltagserfahrungen treffen und geeignet sind, die sozialen Kontinuitätsbrüche zu verschleiern, um gesellschaftliche Desintegrationsprozesse nicht Überhand nehmen zu lassen, die auch ökonomische Verwertungsinteressen gefährden könnten.¹³

13 Heitmeyer, W.: Rechtsextremistische Orientierungen ..., S. 210.

Fazit

Nicht die rechtsextremistischen Gruppen haben eine besondere eigene Attraktivität, sondern soziale Ausgrenzung und vor allem eine breiter werdende soziale Verunsicherung, die weit über die real erfahrene Arbeitslosigkeit hinausgeht, produzieren erst diese Attraktivität. Dafür aber sind nicht die Jugendlichen verantwortlich, sondern sie setzen sich nur auf ihre Weise mit den vorgefundenen Verhältnissen auseinander.

Die *Ursachen* hegen also nicht bei den rechtsextremistischen Gruppen, gewissermaßen am Rande der Gesellschaft, sondern in deren Zentrum. Die alleinige Bekämpfung rechtsextremistischer Organisationen durch Verbote etc. ist daher - zugespitzt formuliert - nichts anderes als die Bekämpfung des eigenen schlechten Gewissens. Die Situation wird nicht verändert - allenfalls verdrängt. Aber was verdrängt wird, tritt immer wieder auf.

Folgerungen

Jugendpolitisch erfordert die skizzierte Situation solche Maßnahmen, die die Schattenseiten der Individualisierungsschübe zumindest so abfedern, daß Jugendliche die Erfahrung gesellschaftlicher Nützlichkeit und sozialer Einbindung machen können. Diese Erfahrung verläuft immer noch in erster Linie über Arbeit und Beruf einerseits und Einbindungsmöglichkeiten in soziale Milieus andererseits.

In der *Jugendarbeit* sind neue Formen erforderlich, die die festgezurrtten Konzepte „stationärer“ Arbeit etwa in Jugendzentren zumindest ergänzen, wenn nicht gar ablösen; die endlich zur Kenntnis nehmen, daß das Konzept „offener“ Jugendarbeit in wesentlichen Teilen am Ende ist und daher eine stärkere Hinwendung zur verbindlichen Arbeit mit Gruppen notwendig wird, die sich stärker den Sozialräumen außerhalb der Jugendzentren öffnen.

Politische Jugendbildung kann sich im Hinblick auf Thematisierung rechtsextremistischer Orientierungen nicht mehr auf antifaschistische Wochen, Druck von Broschüren über die NS-Zeit oder den organisierten Rechtsextremismus oder Seminare in irgendwelchen Bildungsstätten begnügen. Notwendig wäre eine erfahrungsabgestützte Aufklärung, die nur im Erleben selbst wirksam zu werden scheint. Dazu benötigt man im übrigen auch nicht den Begriff „Antifaschismus“.

Es ist Skepsis angebracht, ob sich derzeit etwas bewegt. Jugendpolitik ist weitgehend abwesend und ist eher Jugendverwaltungspolitik; Jugendarbeit ist eher verzagt und „bunkert“ sich ein; politische Jugendbildung setzt sich nach wie vor der Gefahr einer erfahrungsleeren antifaschistischen Belehrung aus, die das „Anti“ unterstreicht, aber darüber nicht hinausweist. Genau das reicht nicht aus.